

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
premieller Zustellung 2,75 M., durch
Post 3,25 M., anfalls Zustellungs-
beschwerden werden von allen
Rechtsbehörden angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterlagte eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Zig.“ gestattet.

Verlagsredaktion der Zeitung Nr. 2265; der
Redaktion Nr. 2262, Gedächtnisstr. 17a;
Rechnungsstelle (Markt 24) Nr. 2262.

Saale-Zeitung.

Rechnungsbelegter Anzeigen.

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 20 Sp., solche aus Halle mit
20 Sp. berechnet und in der Gedächtnis-
stelle, von untern Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Reklamen die Seite 75 Sp.

Erscheint wöchentlich fünfmal;
Sonntag und Montag einmal,
sonst zweimal täglich.

Schreibleitung und Haupt-Gedächtnis-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Rechnungsstelle: Markt 24.

Erwägungen und Enquêtes.

Minister von Bobbelski will nun in eine „Prüfung“ der
Frage eintreten, ob eine Fleischnot vorhanden ist oder nicht.
Eine Reihe von Wägungen glaubt, daß mit der Frage von
Erwägungen, der Lösung in der Haltung der Regierung
eingeleitet ist. Aber was heißt das in Wirklichkeit anders
als die Erhebung der Frage möglichst weit hinauszuführen.
Zuerst — es war am 11. August hat der Herr
Landwirtschaftsminister die Bevölkerung damit vertraut, in
einem Monat werde die Fleischsteuer vorüber sein. Jetzt,
nach Ablauf des Monats, inszeniert er eine Enquete, deren
Durchführung Wachen in Anspruch nimmt und erklärt, er
wolle, sobald der Bundesrat zusammengetreten sein werde,
diesem die Angelegenheit unterbreiten. Nun tritt der Bundes-
rat aber erst Ende September oder Anfang Oktober zu-
sammen. Bis dahin bleibt also alles beim alten. Man
müßte sich behaupten wollen, daß darin ein großes Ent-
gegenkommen gegenüber den berechtigten Wünschen der
Bevölkerung zu finden ist. Das hinauszuheben der Er-
füllung von Forderungen, die von der städtischen Einwohnerschaft
des gesamten Reiches mit seltener Einstimmigkeit er-
hoben werden, zeigt, wie sehr die Regierung bestrebt ist,
der Landwirtschaft die jetzige Preisperiode zu erhalten. In der
„Deutschen Tageszeitung“ wird denn auch die Frage des
Landwirtschaftsministers, eine Enquete zu veranstalten, als
das ausgelegt, was sie ihrem Wesen nach ist, als ein Akt
der „Höflichkeit“, dem keine Feiten folgen werden.
Weiß doch das führende Agrarblatt schon im voraus, daß
die erneuten Erwägungen und Prüfungen „zu keinem
anderen Ergebnis führen werden als zu dem Entschlusse, in
der bisherigen Haltung zu verharren!“

Mit Recht schreibt die „Allgemeine Fleischler-Zeitung“:
„Die Viehnot ist so drückend und die Abhilfe so dringend
notwendig, daß der Bundesrat um der das Lebensinteresse
des deutschen Volkes so schwer berührenden Angelegenheit
wären seine Ferien unterbrechen und sofort zur Be-
schlußfassung zusammenzutreten müßte. Das kann das Volk
verlangen. Auch dieser Ruf wird indes ebenso ungehört
verhallen wie alle anderen vorher. Denn das ist wohl zu
bedenken, daß trotz des angeblich offiziellen Angriffs der
„Saale-Zig.“, trotz aller von der „Magdeburger“ aus-
gehenden Meldungen, daß der Reichskanzler in Koblenz
dem Kaiser über die Fleischnotfrage Vortrag halten werde,
trotz des übrigens nicht befristeten Verdicts der „Tägl.
Rundsch.“, daß der Berliner Fleischpreisvorstand zur
Kundgebung beim Fürstlichen Willow berufen sei und trotz aller
Mitteilungen des „Verl. Tagebl.“ und des „Reichsb.“ über
angelegliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der preußi-
schen Staatsregierung, Herr von Bobbelski, wie die
„National-Zig.“ mitteilen weiß, in seiner Stellung voll-
ständig unergründeter dastet. Das preussische Staats-
ministerium hat bisher keinen Anlaß genommen, seine
Commerzienrath-Saltung des Geschehens-Lassens in der
Fleischnotfrage zu ändern. Das dürfte auch, so lange die
Minister auf Urlaub weilen, also vor dem 20. September,
nicht geschehen. So lange aber das preussische Staats-
ministerium nicht zusammengetreten ist, wird der Bundesrat
wohl kaum mit der Materie befaßt werden. Herr v. Bob-
belski ist nach wie vor der Mann mit dem „starken Rück-
grat“, der allein in der Fleischnotfrage entscheidet, und gewiß
nichts tun wird, um eine Unterbrechung der Meisterei der
übrigen Minister zu bewirken und eine Stellungnahme des
Bundesrates zu beulen. Die Enquete hat nur den
Zweck, eine Verschleppung des Zusammentritts des Staats-
ministeriums und eine rasche Stellungnahme des Bundes-
rates hinauszuziehen. Darüber soll man sich doch nur ja
nirgends täuschen.“

Zu gleicher Zeit aber hat der Landwirtschaftsminister die
weitere Wichtigkeit damit erreicht, die Agitation der Fleischler
für die Defnung der Grenzen vorläufig zum Schweigen zu
bringen. Seine Haltung erweist bei ihnen Söhnlichkeit.
Sie glauben, jede folgende Stunde könne die gewünschte
Zusage in der Grenzöffnungsfrage, die Verdrängung ihres
Verlangens bringen. Darum unterbleibt in der Spannung
und Erwartung die Agitation. Diesen Optimismus
vermag der nicht zu teilen, der sich mit dem Erweisen
der Politik näher beschäftigt. Gerade jetzt darf die Be-
weigung nicht nachlassen, wenn sie ihr Ziel erreichen will,
und da sie sich ja nicht auf die Fleischler beschränkt, sondern
alle Stadtgemeinden und alle Kreise der städtischen Be-
völkerung umfaßt, so ist die Gewähr gegeben, daß eben-
so nachdrücklich wie bisher der Ruf nach Verdrängung der
Fleischnot, nach Defnung der Grenzen erschallen wird. In
seinem Streben, die Fleischler zum Verstummen zu bringen,
hat übrigens der Landwirtschaftsminister eine lebhaft
Unterstützung in der agrarischen und reaktionären Presse ge-
funden. War es doch die „Deutsche Tageszeitung“ selbst,
die den Fleischlern mit der Bemerkung drohte, daß, falls die
Grenzen tatsächlich geöffnet würden, die Agrarier schon
dafür sorgen würden, daß nicht lebendes Vieh, sondern ge-
schlachtetes Fleisch eingeführt werde, und verriet sich nun
die Presse der Fleischvertreter gar zu dem Versuch,
die Fleischler dadurch dem agrarischen Interesse dienbar
und gefügig zu machen, daß sie mit der Gründung von
Genossenschaftsvereinen und Fleischkonsumvereinen drohen.
Nabelsch, nie hat sich die Liebe der „Mittelschreiter“
vom Schlage des Bundes der Landwirte in ihrer wachsenden
Gehalt gezeigt, als in den Drohungen, das Fleischergewerbe
durch Konsumvereinsgründungen untergraben zu wollen;
ganz abgesehen von der Konsumvereins, mit der die „Politiker“
auf der einen Seite die Konsumvereine „löten“, auf der anderen

ins Leben rufen, wie es eben in das agrarische Sonder-
interesse paßt. Freilich, das Fleischergewerbe braucht darüber
keine große Belorgnis zu empfinden. Auch das Fleisch von
genossenschaftlichen Schlachtereien würde nicht billiger sein
können als anderswo, wie das bereits bei den Fleischbänken
der Offiziere- und Beamtenvereine, und anderer Konsum-
vereine der Fall ist und was sich darin zeigt, daß die
Fleischlieferanten für große Kommunalverwaltungen wie
Berlin und für die Armee, also Leute, die doch gewiß von
Fleischkäufern unabhängig sind, auch nur im Lande sind, zu
Lieferungen beim Marktpreis zu liefern.

Herr v. Bobbelski hat am 11. August das deutsche Volk
mit einer Prophezeiung bedacht, die nicht eingetroffen ist.
Die Fleischnot hat nicht nachgelassen, sie hat sich vielmehr
vergrößert und sie wird immer noch zunehmen. Nicht eine
Prophezeiung hat sich nicht, auch nicht ein Akt der Höflichkeit,
wie die Enquete, sondern wirkliche Hilfe und die kann nur
durch Defnung der Grenzen für Schlachtwiege gebracht werden.
Auf Bobbelski ist dabei nicht zu rechnen. Er hat einmal
gesagt: „Nach der Heuernte verdrift“ id. „Nun, die jetzige
große Heuernte der Agrarier dauert schon ziemlich lange.
Zeit war's daher, sie nachgerade zu beenden. Wenn dabei
Seine Erzelleu zu verdrift die Güte haben würden, wer
würde das bedauern?“ F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Abgeordneter Dr. Müller-Sagun, der seit Anfang letzter
Woche krank darniederlag, hat jetzt eine anfängliche Besserung
erfahren, aber immer noch an Gelenk-
rheumatismus leidet, daß er sich strengste Schonung
auferlegen und von jeder öffentlichen Betätigung zurückhalten
muß.

Eine neue Verletzung des Budgetrechtes des Reichstages.

Die „Nordb. Allg. Zig.“ schreibt: Von einer neuen Ver-
letzung des Budgetrechtes des Reichstages haben verschiedene
Blätter, sich absehend an die schließungs-höfentliche „Welt-
zeitung“ berichtet: daß die Germania-Verkehr für die von
ihm vor zwei Jahren angekauften auf eigene Kosten in der
Gesamthöhe von 10 Millionen Reichsmark mit Unterbreitung
von 10 Millionen Reichsmark, mit den Gehältern
bestimmt worden ist, die für den Reichstag im Jahre 1905
vom Reichstage bewilligt worden seien. Ebenfalls müßten neue
bertragene Leistungen aus noch nicht bereit-
gestellten Mitteln befristet werden und endlich sei ein
von Ausland wegen eines Konstitutionsfehlers abgelehntes
Unterbreitungsrecht von der Germania-Verkehr abgenommen
und dieses als Ersatz des fehlenden Unterbreitungsrechtes
bestimmt worden. — Demgegenüber steht der „Nordb. Allg. Zig.“
auf der folgenden Tatsache vor: Das Reichsministerium hat der
Germania-Verkehr niemals auch nur einen Pfennig für die früher
von dieser vorgenommenen eigenen Verträge bezahlt. Die für
das Jahr 1905 vom Reichstage für Verträge mit Unterbreitungen
bewilligte Summe von 10 Millionen Reichsmark wird für Ver-
träge mit einem bei der Germania-Verkehr im Bau befindlichen
Unterbreitungsrecht, das ausgereicht nicht zum Bedarf
gelassen ist, verwendet worden. Der Beginn der Verträge
wird sich wegen der im Interesse der Sicherheit der zukünftigen
Verträge verlangten sehr eingehenden Vorarbeiten und Er-
probungen aller einzuhebenden Apparate und Materialien
voraussichtlich noch längere Zeit hinziehen und schwerlich vor
Spätestens im Oktober 1905 im Bau befindlichen
Grundrissen und Vorarbeiten, welche das Reichsministerium beim
Bau seines ersten Unterbreitungsrechtes beobachtet, muß es als
ein starkes Stück bezeichnet werden, wenn man demselben
die Annahme eines von einer anderen Nation wegen eines
Konstitutionsfehlers verworfenen Votums zumutet.

Die Fleischnot.

In vielen agrarischen Zeitungen findet sich eine Notiz, nach
der in der „Allgemeinen Fleischler-Zeitung“ das folgende geäußert
haben soll:

„Es ist, auch bei dem viel umrittenen Begehren nach
weiterer Defnung der Grenzen wohl zu beachten, daß sowohl
bei der Einfuhr von lebendem Vieh und auch frisch ge-
schlachtetem Vieh, wenn auch die Zufuhren bedeutende und den
Markt befriedigend sind, mit einem sehr frühbaren Rückgang
der Fleischpreise im Konsum kaum zu rechnen sein dürfte.“

Die „Allgemeine Fleischler-Zeitung“ erklärt dies fast vollständig
erfunden. In der „Allgemeinen Fleischler-Zeitung“ haben
keine Worte zu schreiben.

In der Angelegenheit der Fleischnot hat die Berliner
Fleischler-Zeitung mit Rücksicht auf den Aufruf des Berliner
Schlachter- und Viehhofers folgendes Telegramm an den Minister
v. Bobbelski gerichtet: „Nach bisher unüberwundenen
Widerständen haben Em. Erzelleu am 11. August erklärt: die
dannmalige Fleischnoterhebung würde in vier bis fünf Wochen beendet
sein. Aber mit keinem, vorerwähnten Wort, daß die Vieh- und
Fleischnoterhebung in Deutschland beurteilt, wer aus dem Aufruf
und vor allem aus der Qualität des aus dem heutigen Berliner
Viehmärkten aufzubereiteten Viehes als Maßstab die weiteren
Konsequenzen zu ziehen vermag, der muß sich der Ueberzeugung
ergeben, daß die Fleischnot Em. Erzelleu vom 11. Aug. nicht
in Erfüllung bringen kann. Wir bitten daher Em. Erzelleu, die
Defnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtwiege,
auch und für Wagnereis, um der Landwirtschaft die Möglichkeit
zu geben, die vorhandenen Futtervorräte zu verwerten, verfügen
zu wollen; ferner mit allen Mitteln die Bestimmungen über
Wiederkehr, Quarantänebestimmungen, Bestimmungen über Unter-
breitungsrechte in wachsenderer Form zu mildern; ferner mit
Rücksicht auf die seitige Notlage einen zeitweiligen Sollerlass
für die Einfuhr von Schlachtwiege verfügen zu wollen. Er-
erbietet sich der Vorstand der Berliner Fleischler-Zeitung.“

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Gegenüber einem New Yorker Telegramm eines Berliner Blattes,
in welchem behauptet wurde, Präsident Roosevelt habe ein

persönliches Schreiben an den deutschen Botschafter gerichtet
durch das er erklärt habe, die von Deutschland angebotenen
Zugstände im Falle nicht geneigend, um die Vereinigten
Staaten zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland
zu bewegen, durch den die Vereinigten Staaten weniger
empfangen würden, als die meistbegünstigten Nationen nach der
„Königlichen Zeitung“ folgendes Berliner Telegramm an: „Wie
mir zuverlässig erfahren, ist weder ein detailliertes
Schreiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den
deutschen Botschafter gerichtet worden, noch trifft es zu, daß
Deutschland wegen des Handelsvertrags mit den Vereinigten Staaten
sich bestimmte Vorläufe gemacht habe. Es wird
ausreicht eifrig an den Vorbereitungen zu Handelsverträgen
gearbeitet. Die Wünsche der Interessenten und anderes Material
sind hier als Grundlage für die Verhandlungen gesammelt und
in einem umfangreichen Bande gedruckt zusammengestellt worden.
In der nächsten Zeit werden kommunizirliche Beratungen
der inneren Reforts des Reiches und Preußens
stattfinden, in denen man über die Stellung schlußig werden
wird, die man in der hochwichtigen Frage des deutsch-ameri-
kanischen Handelsvertrags einzunehmen für ratam erachtet. Bei
der außerordentlichen Wichtigkeit, die die deutsch-amerikanischen
Handelsbeziehungen für das Wirtschaftsleben der beiden be-
freundeten Nationen haben, darf man sicherlich von vornherein
annehmen, daß es gelingen wird, zu einem Vertrag zu gelangen,
der freundliche höhere Handelsbeziehungen auf
Zahre hinaus zwischen Nordamerika und Deutschland fest-
legen wird.“

Ein Erlaß des Kardinals v. Stabilewski.

Erzbischof v. Stabilewski hat gegen den Erlaß der Polener
Regierung betr. die Mutterprache der Kinder aus
polnischen Lehrerfamilien beim Weid- und Konsum-
monatsunterricht an die Geistlichkeit der Gesele-Polener Er-
zbischofe einen Erlaß gerichtet, in dem er erklärt, die Vorbereitung
zum hl. Sakrament sei eine rein kirchliche Angelegenheit,
die nur unter, der Erzbischof, geistlichen Gewalt unter-
stehe. In den Fällen, in denen die Nationalität des Kindes
unbestimmt sei, hätten die Eltern zu entscheiden, in
welcher Sprache die Kinder zum Empfang der Sakramente
vorbereitet werden sollen. In allen Fällen aber, wo bezüglich
der Nationalität der Eltern und des Kindes kein Zweifel ob-
waltet, entscheide über jenen Punkt allein der zu-
ständige Seelsorger, namentlich, wenn es ihm bekannt
wäre, daß die Eltern gegen ihre innere Ueberzeugung aus Nach-
giebigkeit gegen irgendwelche äußere Beeinflussung eine gegen-
seitige Entscheidung umgeben. Einen solchen Druck von außen
ber habe man immer und überall für eine Vergeßwärtigung
des G. G. erwiesen gehalten. Nach dieser Anweisung sollen die
Geistlichen in vorstehenden Fällen verfahren.

Die Glaschandfische werden teurer.

Die gestern in Leipzig abgehaltene, hier kurz belaudete Ver-
sammlung des Vereins der Glas- und Walfischfabrikanten von
Deutschland, der eine große Anzahl von Mitgliedern des Vereins
der deutschen Glaschandfabrikanten betonte, daß nach ein-
gehender Debatte über die Maßnahme folgende Resolution
beschlossen: „Die bedeutend gestiegenen Rohmaterialpreise,
deren Zurückgehen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten steht,
zwingen die Glaschandfabrikanten, eine erhebliche Erhöhung der Ver-
kaufspreise vorzunehmen, da sie andernfalls mit Verlust arbeiten oder
ihre Produktion einstellen müßten. Die notwendige Höhe dieser
Preiserhöhung ist eine Steigerung der Preise für Lederhand-
schuhe, die um so dringender geboten ist, als die Lederhand-
schuhfabrikation bereits seit längerer Zeit fast ohne Gewinn arbeitet.
Die Erhöhung der Verkaufspreise soll somit der Glaschandfabrikanten
„Verlust“ zu vermeiden. Die Umkehrung von der Preis- und
Unterstützung und unsere Damenwelt von dieser Nachricht nicht
sonderlich erbaute sein.“

Verteilung des Reichsfinanzwesens.

Einen eigenartigen Artikel veröffentlicht die Südbadener „Freie
Presse“. Er ist betitelt: „Die zukünftige Finanz- und
verwaltungsrechtliche Entwicklung der Mittel- und Kleinststaaten
im Deutschen Reich“. Um die Unkräften unzulänglichen Verwaltungs-
arbeit und Verwaltungskosten möglichst auszuhebeln, schlägt der
Verfasser eine Wiedervereinigung der durch Verteilung unter
den Zweigen des Reichs fühlend geschwächten vertriebenen Mittel-
und Kleinststaaten vor, eine erhebliche Erhöhung der Ver-
waltungskosten an den jeweiligen Verwaltungen der erfolgreichsten
Glieder dieser einzelnen Union, die Verteilung der Stimmen
der Bevollmächtigten zum Bundesrat nach dem bisherigen Ver-
hältnis und, soweit erforderlich, die organische Zusammenlegung
der betreffenden Reichsfinanzstellen vor. In Betracht kämen für
eine solche großräumige Separation die Einzelstaaten der
Erzherzogthümer, ferner die Provinzen Schlesien, Westfalen, der
rheinischen und der beiden merkwürdigen Lande nach Schlichtung
eventuell auch die beiden lippschen Lande nach Schlichtung
der Erbfolgestreitigkeiten und die drei freien Reichsstände.

Schlüsslichtlich der einzelnen Staaten werden die Grund-
linien der künftigen Gestaltung folgendermaßen vorgeschlagen:
Das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, die Herzogtümer
Sachsen-Rothburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Alten-
burg werden zu einem Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach
vereinigt, dessen Flächeninhalt sich auf 9344 Quadratkilometer
mit über 1 Million Einwohner belaufen, also etwa dem des
Großherzogtums Oesterreich gleichkommen würde. Aus den einzelnen
Territorien würden unter entprechender Zusammenlegung
der zahlreichen Grafen und Grafen — Kette zu 10 ab-
besteht nach preussischem Muster geordnet, während die Ver-
ordnungen und Vorschriften der bisherigen Fürsten beibehalten
sollen. Das Schwergewicht der Reform würde in der Ver-
einheitlichung der Finanzverwaltung und in Kon-
solidierung der Staatsschulden liegen, und gerade auf
diesen Gebieten könnte nach Ansicht des Verfassers außerordent-
lich viel gewonnen werden. Die Staatsorgane müßten mit Groß-
herzogtum, der Regierung, der Verwaltung, der Justiz, der Polizei
und einer auf dem Zweiparmentarismus beruhenden Landes-
vertretung sein.“

